

Mieter müssen 2014 tiefer in die Tasche greifen

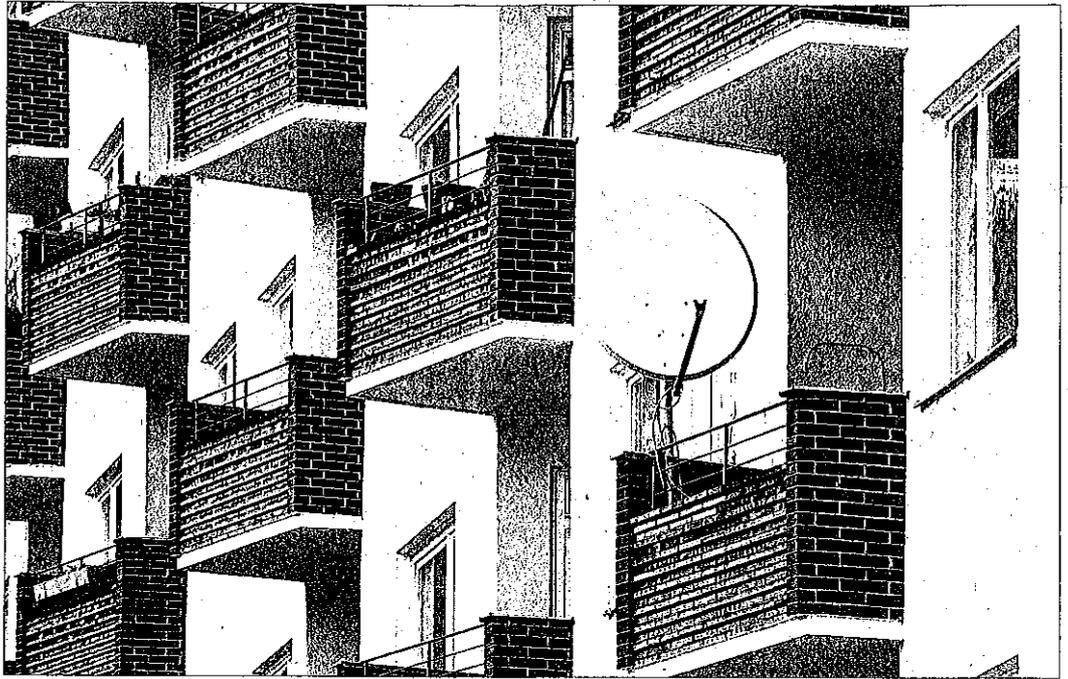
Gerade in großen Städten und Ballungszentren dürfte die Lage besonders angespannt bleiben

Berlin. (dpa) Wer sich im neuen Jahr ein neues Haus kauft oder eine Wohnung mietet, muss dafür häufig tiefer in die Tasche greifen. Gerade in großen Städten und Ballungszentren sind die Preise besonders hoch. Der Deutsche Mieterbund fordert angesichts des seit geraumer Zeit anhaltenden Trends deutlich mehr Wohnungen in deutschen Städten und eine Erhöhung des Wohngelds.

Millionen Mieter müssen sich 2014 nach Einschätzung der Mietervertretung auf deutliche Mehrbelastungen einstellen: „In Ballungszentren und Universitätsstädten, aber auch in einigen anderen mittelgroßen Städten muss damit gerechnet werden, dass die Mietbelastung um etwa sieben bis zehn Prozent steigt – jedenfalls bei Neuverträgen“, sagte Verbandsdirektor Lukas Siebenkotten im Gespräch mit der dpa. „Bundesweit dürfte das Plus bei etwa drei Prozent liegen.“

Noch stärker als die Mietsteigerungen belasten nach seinen Worten aber die weiter steigenden Energiekosten das Mieterbudget. „Ein Ende der Preisspirale ist nicht in Sicht.“ Beispielsweise sei Strom von 2010 bis 2013 insgesamt 24 Prozent teurer geworden, Öl gar um 27 Prozent.

Gleichzeitig erhielten immer weniger Haushalte Wohngeld. „Zuletzt waren es nur noch 783 000 mit einer durchschnittlichen Höhe von 114 Euro pro Monat“, rechnet der Mietervertreter vor. Er forderte eine umgehende Erhöhung des Wohngelds um zehn Prozent und eine kontinuierliche Anpassung an die Preisentwicklung. „Darüber hinaus muss die 2011 gestrichene Heizkostenkomponente beim Wohngeld



Für ein neues Haus oder die Miete einer Wohnung müssen die Bundesbürger auch 2014 mehr bezahlen. (Archivfoto)

wieder eingeführt werden.“ Union und SPD hatten in den Koalitionsverhandlungen eine Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses erwogen, dann aber angesichts der Haushaltslage im Koalitionsvertrag auf eine entsprechende Ankündigung verzichtet.

In Deutschlands Städten sei in den vergangenen Jahren viel zu wenig gebaut worden: „Wir brauchen mindestens 140 000 bis 150 000 neue Mietwohnungen pro Jahr, davon rund 60 000 Sozialwohnungen“, forderte Siebenkotten. Derzeit würden

nur 60 000 bis 70 000 Mietwohnungen gebaut, davon 15 000 bis 20 000 Sozialwohnungen. Auch die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland klettern weiter: Getrieben vom starken Preisauftrieb in Ballungszentren ist Wohneigentum nach Expertenschätzungen 2013 bundesweit rund vier Prozent teurer als im Vorjahr. Der seit 2010 anhaltende Trend dürfte sich demnach 2014 fortsetzen. Denn die Zinsen bleiben extrem niedrig. Und daher hält der Anlagenotstand an und treibt Investoren in Immobilien. Das Angebot

kann nicht schnell genug auf die steigende Nachfrage reagieren. Die Bundesbank hatte bereits gewarnt, dass Wohnungen insbesondere in Großstädten um bis zu 20 Prozent überbewertet seien.

Den Bausparkassen bereitet die anhaltende Niedrigzinsphase an den Finanzmärkten Sorgen. „Die Menschen dürfen nicht das Vertrauen in die Früchte ihrer Sparleistung verlieren“, warnte der Verbandschef der privaten Bausparkassen, Andreas Zehnder. „Sonst sparen sie sich das Sparen.“